

Die Wohnungswirtschaft **Deutschland**



Housing Germany

Katharina Burkardt
Head of Communications Department
Press Spokesperson

Federal Union of German Housing and Real Estate
Enterprises



GdW and its member companies



GdW is the biggest head federation of housing and real estate in Germany.

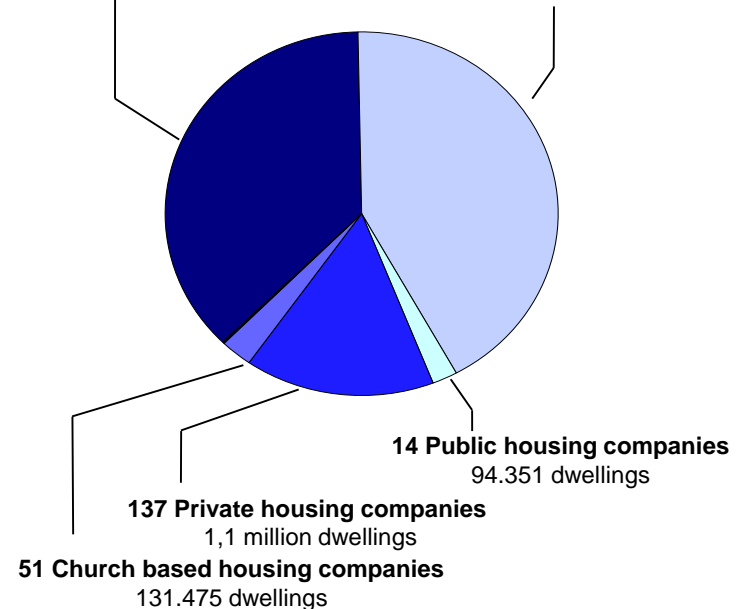
Nearly 3.000 housing cooperatives and other legal forms of housing companies are organized in 15 regional federations.

The housing companies all together are managing nearly 6 million housing units.
This corresponds to 30 % of all rental housing units in Germany.

www.gdw.de

1.837 Housing cooperatives
2.1 million dwellings

726 Municipal housing companies
2.4 million dwellings



How does GdW communicate EU issues so far?



Website: www.gdw.de

GdW-Europabüro

Der GdW / Europabüro

Europabüro



Der Einfluss der EU auf die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in den Mitgliedstaaten nimmt immer mehr zu. Rund 80 Prozent der nationalen Gesetze werden mittlerweile direkt oder indirekt durch die Rechtsetzung aus Brüssel veranlasst. Darüber hinaus wirkt die EU durch Gebäude Richtlinien, durch Antidiskriminierungsvorschriften in der Wohnungsbelegung usw. unmittelbar auf den Wohnungssektor ein, ohne dass hierfür eine ausdrückliche EU-Kompetenz besteht.

Der GdW hat daher seine Interessenvertretung auch in Richtung Europa ausgedehnt, wo er ein eigenes Büro in Brüssel unterhält. Aufgabe des Brüsseler Büros ist es, frühzeitig Informationen vor Ort aufzunehmen, sie verbandspolitisch zu transportieren, Stellungnahmen gegenüber der Kommission und dem Europäischen Parlament und seinen Ausschüssen abzugeben und in die nationale Politik zurückzukoppeln.

Das europäische Netzwerk des GdW

HOUSING EUROPE ist der Europäische Verband der öffentlichen, genossenschaftlichen und sozialen Wohnungswirtschaft



Gegründet im Jahr 1988, ist es ein Netzwerk, in dem 42 nationale und regionale Verbände, die zusammen über 41.400 öffentliche, soziale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen in 22 Ländern repräsentieren. Insgesamt verwalten die Mitgliedsunternehmen über 25 Millionen Haushalte, etwa 12% der vorhandenen Wohnungen in der EU.

Soziale, öffentliche und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen verfolgen eine Vision von einem Europa, das den Zugang zu angemessenen und bezahlbaren Wohnraum in Städten und Gemeinden schafft, die sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig sind.

HOUSING EUROPE wird von einem Vorstand geleitet, bestehend aus dem Präsidenten und acht Mitgliedern. Weder der Präsident noch die Vorstandsmitglieder vertreten ihr Land oder ihre Organisation, sondern die Interessen der europäischen Wohnungswirtschaft. Die Länge der Amtszeit der Vorstandsmitglieder beträgt drei Jahre und ist verlängerbar. Ein Drittel der Vorstandsmitglieder wird jährlich neu gewählt.

Housing Europe gliedert seine Arbeit in fünf thematische Ausschüsse, Binnenmarkt- und Wirtschaftsausschuss,

Der GdW - Themen

- › Mitglieder
- › Unternehmenssparten
- › Mitarbeiter und Referate
- › Organigramm
- › Partner und Netzwerke
- › Aus- und Weiterbildung
- › Europabüro
- › Europabrief
- › EU-Info
- › Geschichte

Ansprechpartner zum Thema



Dr. Özgür Öner

How does GdW communicate EU issues so far?



Together with other associations we publish every 2 month the „[EU-Info](#)“

Main issues: urban development, financial policy, housing and real estate sector, structural policy

Inhalt Ausgabe August / September 2018	Seite
THEMA DES MONATS	
EU-Strukturfonds ab 2021: Ausschüsse des EU-Parlamentes legen erste Berichtsentwürfe vor	2
AKTUELLES AUS POLITIK UND GESETZGEBUNG	
Energieunion: Trilogieergebnisse zu Effizienz und Erneuerbaren	4
Aktuelles zur Trinkwasserrichtlinie DWD	4
Deutsche Förderregelung zur KWK Förderung von Kommission genehmigt	4
Kommission und EIB sehen positive Bilanz zum EFSI	5
Berufsreglementierung: Richtlinie für Verhältnismäßigkeitsprüfung	5
Schlussanträge zu § 6a Grunderwerbssteuergesetz – aus Sicht des Generalanwalts keine unzulässige Beihilfe	6

Herausgeber:



Deutscher Verband für Wohnungswesen,
Städtebau und Raumordnung e.V.

Jonas Scholze (jos)
Sophia Dubbert (du)
T: +32 2 550 16 13

E: j.scholze@deutscher-verband.org



Dr. Özgür Öner

Frederick Büchner
Ariane Buelens (gdw)
T: +32 2 550 16 16

E: oener@gdw.de



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Andreas Beulich (be)
T: +32 2 550 16 18

E: andreas.beulich@bfw-bund.de



VERBAND DEUTSCHER
PFANDBRIEFBANKEN

Wolfgang Kälberer (kä)
T: +32 2 732 46 38

E: kaelberer@pfandbrief.de



Gero Gosslar (go)

Ralph Brügelmann (br)
T: +32 2 792 1005

E: ralph.bruegelmann@zia-deutschland.de

How does GdW communicate EU issues so far?



Special service for our members:

Monthly „European letter“

Target group:

GdW member associations and companies,
politicians



Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre unseres GdW Europabriefes 09/2018.

Für Rückfragen und Hinweise wenden Sie sich bitte im Brüsseler Büro des GdW an
Herrn Dr. Oner, Leiter, Tel.: 0032.2.5501611, Email: oener@gdw.de oder
Frau Buelens, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Tel.: 0032.2.550.16.16, Email: buelens@gdw.de

Trinkwasserrichtlinie (DWD)

Wohnungswirtschaftlich wichtige Kompromissanträge in der Umweltausschusssitzung des Europäischen Parlaments angenommen

EuGH Urteil zu Notifizierungspflicht von Bauleitplänen

Mögliche Notifizierungspflicht für Bauleitpläne

Kommission startet Konsultation zur Verringerung der Treibhausgasemissionen

GdW beteiligt sich an der Konsultation und bringt Sichtweise der Wohnungswirtschaft ein

Konsultation zur Abwasserrichtlinie

Kommission will die 27 Jahre alte Abwasserrichtlinie modernisieren

Fünfte Geldwäscherrichtlinie in Kraft getreten

Weitreichende Registrierungsanforderungen und Kontrollen vorgesehen

EU-Konsultation zur Schnittstelle zwischen Chemikalien-, Produkt- und Abfallrecht

Rechtsvorschriften werden vorbereitet

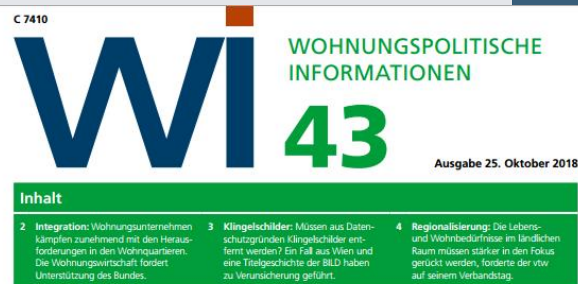
How does GdW communicate EU issues so far?



wi – Wohnungspolitische Informationen
„Housing policy news“

The journal provides its subscribers – weekly, compact and summarized on 6-12 pages – with reports on all relevant developments and decisions at EU, national, regional and local levels.

Target group:
GdW member associations and companies,
politicians, journalists, other associations



Wohnungspolitische Debatte: Befristete Sonderabschreibung setzt das falsche Signal

Berlin – Wohnungspolitik stand in der vergangenen Woche im Deutschen Bundestag ebenso wie im Bundesrat auf der Tagesordnung. Dabei wurden die Gesetze zur Reform des Mietrechts und zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus in erster Lesung im Bundestag beraten. Auch der Bundesrat befasste sich mit beiden Initiativen. Die geplanten Maßnahmen sollen im Rahmen der Wohnraumoffensive zum einen höhere Transparenz und Schutz für Mieter schaffen, außerdem soll durch eine Sonder-Abschreibung der Wohnungsneubau gefördert werden.



Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot werden zwischen den Bundestagsfraktionen kontrovers diskutiert.

Bundesjustizministerin Dr. Katarina Barley (SPD) erklärte zum Auftakt der Bundestagsdebatte, „bezahlbares Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit“, neben Steuererleichterungen und Neubau sei das Mietrecht ein Baustein, um die Wohnungsnot zu bekämpfen. Die Mietrechtsanpassung sieht eine erweiterte Auskunftspflicht seitens der Vermieter sowie eine zeitlich befristete Absenkung der Modernisierungumlage von 11 auf 8 Prozent in Gebieten mit gelten-

der Kappungsgrenze vor. „Der Gesetzentwurf ist der Versuch der gerechteren Verwaltung einer Mangelituation“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, anlässlich der Beratung zum Mietrechtsanpassungsgesetz im Bundestag und im Bundesrat zur Reform der Mietpreisbremse. Damit schießt die Politik aber an der Ursache des Problems vorbei. „Wir sind uns alle einig, weiter auf Seite 2“

Aktuelle Meldungen

Staatssekretärausschuss eingesetzt

Der auf dem Wohnungspol beschlossene interministerielle Staatssekretärausschuss ist eingesetzt worden. Das teilte das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat am 24. Oktober mit. Der Ausschuss unter der Leitung von Staatssekretär Günther Adler koordiniert fortan die Umsetzung der beschlossenen „gemeinsamen Wohnraumoffensive von Bund, Ländern und Kommunen“. (w)

Neue Richtlinie unterstützt Wohnungsbau in Hessen

Eine neue Richtlinie in Hessen macht es dem Land möglich, künftig landeseigene Grundstücke günstiger an Städte und Gemeinden zu verkaufen. Voraussetzung dafür ist, dass die Kommunen zusagen, bezahlbare Wohnungen zu bauen, berichtete Haufe am 19. Oktober. Gemeinden können Grundstücke auch an Wohnungsunternehmen veräußern. Damit soll der soziale Wohnungsbau stärker unterstützt werden. (w)

Bundesförderung gilt nur noch für Glasfaser

Im Rahmen der Bundesförderung für den Breitbandausbau werden Projekte, die auf die Nutzung von Kupferkabeln setzen, nicht mehr gefördert. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort vom 19. Oktober auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion. Im novellierten Förderprogramm seien nur noch Anträge auf Gigabitanschlüsse möglich. Dabei müsse die Glasfaseranbindung „direkt bis zum Teilnehmer reichen“. (w)

How does GdW communicate EU issues so far?

wi report about an EU issue:

EU-wide mandatory refurbishment rate of three percent per annum to buildings of countries, municipalities and social housing was rejected.

C 7410

WOHNUNGSPOLITISCHE INFORMATIONEN

4

Ausgabe 25. Januar 2018

Inhalt

- 2 70 Jahre wi: Anlässlich ihres 70. Jubiläums kommen in der wi in einer Interview-Serie ihre „Mächer“ zu Wort. Diese Woche Chefredakteurin Katharina Burkardt.
- 4 Grundsteuer: Zwischenfazitende Analyse über den aktuellen Stand zur Verfassungsmäßigkeit der Einkünfte als Bemessungsgrundlage der Grundsteuer.
- 6 Zukunftsprojekt: Mietpreisdreh, Wohnungsbaugehenheiten und mehr – die wichtigsten Rahmenkriterien zur Wohnungswirtschaft für den Monat Januar.

EU-weiter Sanierungszwang für sozialen Wohnungsbau abgewendet

Strasbourg/Berlin – Bei einer Abstimmung im Europäischen Parlament über einen Änderungsentwurf zur Energieeffizienzrichtlinie hat am 17. Januar 2018 der Realismus die Oberhand behalten. Der Antrag, eine verpflichtende Sanierungsrate in Höhe von drei Prozent pro Jahr auf Gebäude von Ländern, Kommunen und Sozialwohnern auszuweiten, wurde abgelehnt. Der Deutsche Mieterbund (DMB) und der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW hatten im Vorfeld der Abstimmung intensiv vor erheblichen negativen Auswirkungen auf den sozialen Wohnungsbau und die Mieter kommunaler und öffentlicher Wohnungsunternehmen in Deutschland gewarnt.



Hauscharakter Mehrheit: Bei der Abstimmung über eine verpflichtende Sanierungsrate für Sozialwohnungen hat sich in Strasbourg der Realismus knapp durchgesetzt.

Die Entscheidung fiel äußerst knapp aus. Für die hauchdünne Mehrheit von 349 Gegen-Stimmen gegenüber 302 Ja-Stimmen bei 29 Enthaltungen sorgten insbesondere Europaabgeordnete aus Deutschland und Österreich. „Wir begründen dieses Ergebnis ausdrücklich“, erklärte dazu GdW-Präsident Axel Gedaschko. „Eine unverhältnismäßige Belastung für die sozial orientierten Vermieter und insbe-

Aktuelle Meldungen

Grundsteuerreform soll Boden-spekulation entgegenwirken

Bundesbauministerin Barbara Hendricks will eine Reform der Grundsteuer nutzen, um die wachsende Wohnungsnöte zu bekämpfen, berichtete Spiegel Online am 19. Januar 2018. Entscheidend sei, dass künftig allen der Boden-werte und nicht der Art des Gebäudes, Kommunen soll ermöglicht werden für baufertige, unbebaute Grundstücke mehr Grundsteuer zu erheben als für bebaute. Boden-spekulation soll auf diese Weise eingedämmt werden. Mehr zum Thema auf Seite 3. (wi)

Internationale Erklärung soll Baukultur stärken

Im Vorfeld des Weltwirtschaftsforums beschloss die Kulturministerkonferenz am 22. Januar 2018 die „Erklärung von Davos zur Baukultur“. Ziel ist es Baukultur, als selbstverständliches Handlungsfeld in den unterschiedlichen Verantwortungsebenen stärker zu verankern und so seine Bedeutung für eine integrierte und nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung international zu stärken. (wi)

Zahl der Baugenehmigungen gesunken

Im Jahr 2017 wurden in Deutschland 7,8 Prozent weniger Baugenehmigungen von Wohnungserstellern als in den ersten Monaten 2016. Wie das Statistische Bundesamt am 18. Januar 2018 weiter mitteilt, nahm die Zahl der Genehmigungen von September bis November 2017 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 11,6 Prozent ab. (wi)

Weiter auf Seite 2 ►

EUROPAPOLITIK

Fortsetzung von Seite 1

Es sei „gelungen, die Forderung nach unrealistischen Renovierungszugaben für öffentliche Gebäude bei der künftigen Richtlinie zur Energieeffizienz abzuwenden“, erklärte dazu der Europaabgeordnete Markus Pieper (CDU), der das Dossier für die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europaparlament betreut. „Allen die Städte und Gemeinden in Deutschland habe das jährlich um die sieben Milliarden Euro immer gemacht.“

Wären Wohnungsunternehmen dazu verpflichtet worden, ihre Sanierungsrate auf drei Prozent pro Jahr zu erhöhen, hätte das eine Verdreifung ihrer bereits sehr hohen Bemühungen für noch mehr Energieeffizienz bei Wohngebäuden notwendig gemacht. „Das wäre eine unverhältnismäßige Belastung für die sozial orientierten Vermieter und insbesondere einkommensschwächere Mieter in Deutschland“, hatte GdW-Chef Gedaschko gewarnt. Zudem hätte den Wohnungsunternehmen durch eine Belastung dieses Ausmaßes künftig die Finanzkraft für die so notwendigen Investitionen in den Wohnungsbau gefehlt. Und die Folge der starken Neubauschneide bereits deutlich gestiegenen Baupreise hätten noch weiter angehen.

Mietsteigerungen durch überhöhte Sanierungspflichten

Deutsche Mietpreisteigerungen von monatlich zwei Euro pro Quadratmeter und mehr wären angesichts einer verpflichtenden dreiprozentigen Sanierungsrate unaussprechlich geworden. Gerade das suchen Wohnungsunternehmen bei der energetischen Modernisierung zu vermeiden, um bezahlbares Wohnen für ihre Mieter gewährleisten zu können. Eine solche enorme Erhöhung der Effizienzvorgaben

hätte sich allerdings nicht anders finanzieren lassen. Denn bei geschätzten Investitionskosten von 10.000 Euro pro zu sanierender Wohneinheit wäre ohne entsprechende Mieterhöhungen eine Mehrbelastung der Wohnungswirtschaft von insgesamt 1,38 Milliarden Euro pro Jahr entstanden.

Hinzu kommt, dass in Deutschland ein eklatanter Mangel an bezahlbaren Mietwohnungen besteht. In diesem Marktsegment spielen gerade Sozialwohnungen und auch Wohnungen kommunaler Unternehmen eine entscheidende Rolle. „Grundsätzlich begrüßen wir Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Verringerung der Heizkosten. Die Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen muss aber sozialverträglich machbar sein. Wenn die EU verpflichtende Sanierungsvorgaben macht, muss die Politik dafür sorgen, dass das Debita der fehlenden Wirtschaftlichkeit für den Mieter ausgeglichen wird. Davon ist aber nichts zu hören“, hatte Lukas Siebenkotten, Bundesdirektor des Deutschen Mieterbundes, im Vorfeld erklärt.

Anders als in anderen EU-Ländern werden in Deutschland die Kosten für energieeffizientes soziales und bezahlbares Wohnen nicht vom Staat oder aus Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) lokal erzeugen wollen, werden aber gravierend steuerlich benachteiligt. Sobald sie den erzeugten Strom in allgemeine Netz einspeisen oder den Mietern zur Verfügung stellen, wird die eigentlich gewährte steuerliche Vermietungstätigkeit gewerbesteuerpflichtig. Das Gewerbesteuergesetz muss hier dringend angepasst werden. (schwey) ■

Energiewende braucht andere Instrumente

Für eine erfolgreiche Energiewende brauchen wir andere Instrumente. Das Energiegesetz und die Förderung müssen unter Berücksichtigung des Endenergieverbrauchs konsequent auf das CO₂-Minderungsziel ausgerichtet werden“, erklärte GdW-Chef Gedaschko dazu. Der Quartierbezug sollte hierfür deutlich gestärkt werden. Darüber hinaus kann eine gezielte steuerliche Förderung einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten. Entscheidend ist aus Sicht der Wohnungswirtschaft aber, dass die Unternehmen über eine Investitionszulage ein wirkungsvolles Anreizinstrument erhalten, um die energetische Modernisierung sozialverträglich voranzutreiben.

Auch Mieterstromprojekte sind ein wichtiger Baustein für eine erfolgreiche Energiewende im Wohnungsbaubereich. Wohnungsunternehmen, die Strom aus erneuerbaren Energien wie Photovoltaik oder aus Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) lokal erzeugen wollen, werden aber gravierend steuerlich benachteiligt. Sobald sie den erzeugten Strom in allgemeine Netz einspeisen oder den Mietern zur Verfügung stellen, wird die eigentlich gewährte steuerliche Vermietungstätigkeit gewerbesteuerpflichtig. Das Gewerbesteuergesetz muss hier dringend angepasst werden. (schwey) ■

Wie die Energiewende im Gebäudereich erfolgreich wird, das GdW-Dossier „11 Fakten zum Klimaschutz“ finden Sie hier: <http://go.gdwnet>

JUBILÄUM

70 Jahre wi – Chefredakteure im Interview

NACHGEFRAGT

Katharina Burkardt
wi-Chefredakteurin
seit 2010



Wie Koalitionsverhandlungen und die Bildung einer neuen Bundesregierung stehen nach Monaten des relativen Stillstands unmittelbar bevor. Was wären aus Ihrer Sicht die drängendsten Aufgaben für die Bundesregierung im Bereich der Wohnungspolitik?

Katharina Burkardt: Das bezahlbare Bauen und Wohnen gehört in den Fokus des Handelns. Daran muss sich auch eine neue Regierung messen lassen. In der letzten Legislaturperiode haben wir erlebt, dass die verschiedenen Themen rund um das Bauen und Wohnen in Deutschland häufig gegeneinander ausgespielt wurden. Das lag auch an den verfahrenswidrigen Zuständigkeiten. So wurden Energie im Bauministerium betreut, bei der Energie kam das Wirtschaftsministerium hinzu, bei der Raumordnung und der Digitalisierung das Verkehrsministerium, das Mietrecht wurde im Justizministerium betreut und die Themen rund um die Demografie waren

sozusagen verschiedenen Stellen angedockt. Das hat dem ganzen Thema nicht immer gut getan. Es wäre zu wünschen, dass eine neue Regierung hier die Kompetenzen bündelt und damit eine Priorität für das Wohnen und Bauen setzt. Denn es gilt viel zu tun – und die Grundstücke werden nicht günstiger oder die Nachfrage geringer, nur weil in Deutschland noch eine neue Bundesregierung gesucht wird. Es ist nun konkretes und pragmatisches Handeln gefragt – und das auf vielen Ebenen. Dort muss sich bei den Unternehmen und den Verbänden, um die wichtigsten Aufgaben für die Politik schnell klar. Es werden mehr und mehr Themen rund um die Demografie waren

Weiter auf Seite 2 ►



How does GdW communicate EU issues so far?



we report about an EU issue:

No longer penalizing municipal and public housing companies - Housing industry campaigns for equal treatment of SMEs

EUROPAPOLITIK

Kommunale und öffentliche Wohnungsunternehmen nicht länger benachteiligen – Wohnungswirtschaft setzt sich für Gleichbehandlung von KMU ein

Brüssel – „Die Benachteiligung öffentlicher und kommunaler Unternehmen auf europäischer Ebene muss beendet werden. Auch diejenigen Unternehmen in Deutschland, die sich zu mindestens 25 Prozent in öffentlicher Hand befinden, müssen künftig unter die europäische Definition als kleine und mittlere Unternehmen (KMU) fallen.“ Das forderte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, am 5. Juni 2018 anlässlich einer hochrangigen Diskussionsrunde im europäischen Ausschuss der Regionen in Brüssel.



Experten verschiedener Verbände diskutierten mit Vertretern des Europäischen Parlaments und der Kommission im Ausschuss der Regionen.

Bei dem von der Wohnungswirtschaft initiierten Spitzengespräch begrüßte Karl-Heinz Lambertz, Präsident des Ausschusses der Regionen, Vertreter der Verbände öffentlicher und kommunaler Unternehmen sowie der Europäischen Kommission und des

Europäischen Parlaments. Hintergrund ist die anstehende Revision der europäischen KMU-Definition.

Die Ausnahme kleiner und mittlerer Unternehmen von der europäischen Definition



Blick in den Plenarsaal des europäischen Ausschusses der Regionen – die Versammlung der Regional- und Kommunalvertreter der EU

für KMU belaste diese zusätzlich mit Kosten, da sie von KMU-spezifischen Förderprogrammen und Privilegien ausgeschlossen würden, erläuterte Valeria Ronzitti, Generalsekretärin des Verbands öffentlicher

Weiter auf Seite 3 ➡

How different is the approach compared to national issues?



EU issues can easily be communicated with reference to effects on the national housing markets and the tenants.

For Example:

Our warning about the damage potential of the **EU Energy Efficiency Directive** has made it to the title page of the german newspaper 'DIE WELT' as a "teaser article" and as a detailed article on the front page of the Finance section.

EU Parliament threatens social rent (WELT-title page):

https://www.welt.de/print/die_welt/article171349391/EU-Parlament-bedroht-Sozialmieten.html

Expensive renovation (WELT-Finance-title page):

https://www.welt.de/print/welt_kompakt/print_wirtschaft/article171349354/Teure-Sanierung.html

How different is the approach compared to national issues?



DIE WELT

AMUNDISENCE 0900/133.81.97

DONNERSTAG, 7. DEZEMBER 2017

„Wir brauchen mehr Kühnheit in der Politik“

Frank-Walter Steinmeier, 70, ist der jüngste Bundespräsident der BRD. Er ist ein Diplomat, der in der Politik schon seit Jahrzehnten tätig ist. Er ist der erste, der als Vizekanzler und Außenminister in der Geschichte der BRD gearbeitet hat. Er ist ein Mann, der die Politik mit einem humanitären Blick betrachtet. Er ist ein Mann, der die Politik mit einem humanitären Blick betrachtet.

Trump erkennt Jerusalem als Israels Hauptstadt an

Das hat ein überfüllter Saal in der US-Präsidenten-Residenz in Washington gehört, als Donald Trump am Donnerstag seinen ersten Amtseinführungstag feierte. Der Präsident hat die Entscheidung getroffen, Jerusalem als Hauptstadt von Israel zu anerkennen. Dies ist eine historische Entscheidung, die die Beziehungen zwischen den USA und Israel stärken wird.

EU-Parlament droht Sozialmietern

Das Europäische Parlament hat eine Resolution angenommen, die die Sozialmieten in der EU droht. Die Resolution fordert, dass die Mitgliedstaaten die Sozialmieten senken müssen, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu verbessern. Dies ist eine sehr kontroverse Entscheidung, die die Sozialmieten in der EU droht.

FINANZEN

DE WELT · DONNERSTAG, 7. DEZEMBER 2017 · SEITE 17

KOMPAKT

REUTERSCHE BANK
Cheffinanzier sieht Anzeichen für eine Rezession. Die Bank hat eine Warnung ausgesprochen, dass die Welt in eine Rezession verfallen könnte. Dies ist eine sehr ernste Warnung, die die Anleger in Sorge versetzen könnte.

So haben sich Immobilienpreise und Mieten entwickelt
Die Grafik zeigt die Entwicklung der Immobilienpreise und Mieten in Deutschland von 2005 bis 2017. Die Preise haben sich in den letzten Jahren deutlich erhöht, während die Mieten nur geringfügig gestiegen sind.

Die zehn teuersten Städte für Eigenheimbesitzer
Die Grafik zeigt die zehn teuersten Städte für Eigenheimbesitzer in Deutschland. München ist die teuerste Stadt, gefolgt von Frankfurt am Main und Berlin.

Teure Sanierung

EU-Richtlinie könnte Mietpreise weiter nach oben treiben. Die Sanierung von Altbauwohnungen wird in Deutschland immer teurer. Dies ist ein Problem, das die Mieter in den Städten betrifft. Die EU-Richtlinie könnte die Mietpreise weiter nach oben treiben.

Landgericht München kloppt Mietpreispresse in Bayern

Das Landgericht München hat eine Entscheidung gefällt, die die Mietpreispresse in Bayern kloppt. Die Entscheidung ist eine gute Nachricht für die Mieter in München.

KOMMENTAR

Unsozialer Klimaschutz

Michael Fabricius, 45, ist ein britischer Politiker. Er ist Mitglied des britischen Parlaments. Er ist ein Mann, der die Politik mit einem humanitären Blick betrachtet. Er ist ein Mann, der die Politik mit einem humanitären Blick betrachtet.

arden Euro pro Jahr betragen. Das wäre vielleicht noch zu verkraften, wenn in den betreffenden Wohnungen zahlungskräftige Mieter leben würden. Genau das ist jedoch nicht der Fall. Die öffentlichen Unternehmen vermieten die meisten Sozialwohnungen und haben auch ansonsten die günstigsten Bleiben zu bieten. Der Straßburger Klimaschutzzeiger würde ausgerechnet jene Haushalte treffen, die sowieso kaum Geld fürs Leben übrig haben – und deshalb übrigens wesentlich klimafreundlicher leben als die viel reisenden EU-Parlamentarier. Klimaschutz und Sozialverträglichkeit sind bei der Gebäudesanierung ein zunehmender Widerspruch. Solange die Politik in Deutschland keinen pragmatischeren Umgang mit der energetischen Modernisierung findet oder der Staat Geld in Milliardenhöhe direkt dazugibt, sind Vorgaben wie jene aus Brüssel schlicht unsozial. Überhaupt ist eine EU-weite Sanierungsquote ziemlich unweisend. Die Wohnungsmärkte funktionieren viel zu unterschiedlich. In Frankreich etwa zahlt der Staat eine Sanierung, in Italien richten sich die Sozialmieten nach dem Einkommen. Dort hätte die Straßburger Quote lediglich Folgen für die überlasteten Staatshaushalte.

michael.fabricius@welt24.de



In addition to a large XING-group for our members as well as profiles on LinkedIn etc., we strongly focus our social media communication on Twitter. We are convinced that this is the best way to reach our target audience.



@gdwwohnen – Housing Germany on Twitter



Startseite

Mitteilungen

Nachrichten

Twitter durchsuchen

Twittern

Wenn man so will,
haben wir die sozialen
Netzwerke erfunden.

wohnungswirtschaft.de

Die Wohnungswirtschaft
Deutschland

Tweets
2.542

Folge ich
1.894

Follower
2.773

Gefällt mir
3.419

Mehr ▾

Profil bearbeiten

GdW Bundesverband

@GdWWohnen

Hier twittern Katharina Burkard und Andreas Schichel für den GdW - Spitzenverband der Wohnungswirtschaft. gdw.de web.gdw.de/impressum

Berlin

gdw.de

Beigetreten Juni 2010

405 Fotos und Videos

Deuts
beste
Miete
2018

Tweets

Tweets & Antworten

Medien

Angehefteter Tweet

GdW Bundesverband @GdWWohnen · 16. Okt.

Sonderpreis für das beste Titelbild beim Wettbewerb #bestmieterzeitung - Machen Sie mit und stimmen Sie jetzt für ihren Favoriten ab! Dazu einfach hier entlang --> welt.de/Advertorials/m... #gdw #wohnungswirtschaft #kommunikation #TdW18

Die Wohnungswirtschaft
Deutschland

12

European elections – how did we promote the last european elections in Germany?



- Website ,[GdW zur Europawahl](#)‘
 - Including:
 - Articles
 - position papers
 - videos
- and more

Die Wohnungswirtschaft
Deutschland



Die Wohnungswirtschaft
zur Europawahl



Grußwort von Johannes Hahn, EU-Kommissar für Regi...

Zuletzt aktualisiert: 31. März 2014

Grußwort von Johannes Hahn, EU-Kommissar für Regionalpolitik, anläßlich der Europawahl am 25. Mai 2014. GdW im November 2013.



GdW zur Europawahl 2014

Herzlich willkommen auf der Informationsseite der Wohnungswirtschaft zur Wahl zum 8. Europäischen Parlament vom 22. bis 25. Mai 2014. **In Deutschland findet die Europawahl am 25. Mai statt.** Hier finden Sie aktuelle Informationen des GdW aus seinem Europabüro in Brüssel, Interviews mit politischen Entscheidern aus der EU sowie den alle zwei Wochen erscheinenden "GdW-Europabrief" mit allen Fakten rund um wohnungswirtschaftliche Themen auf EU-Ebene. Schauen Sie wieder vorbei – die Seite wird laufend aktualisiert.

Energiepolitik ist bei der Europawahl zentrales Thema für die Wohnungswirtschaft

Zuletzt aktualisiert: 14. Mai 2014

Was planen die Parteien auf europäischer Ebene für die kommenden fünf Jahre in den für die Wohnungswirtschaft wichtigen Bereichen? Da der Wohnungsbau – anders als beispielsweise die Wettbewerbspolitik – nicht zum Kompetenzbereich der EU gehört, spielt er in den Wahlprogrammen der Parteien keine direkte Rolle. Große Bedeutung für die Wohnungswirtschaft haben jedoch die Pläne der Parteien insbesondere im Bereich der europäischen Energiepolitik. In der wi Wohnungspolitische Informationen finden Sie einen Überblick über die für die Wohnungswirtschaft bedeutendsten Punkte in den Wahlprogrammen der fünf großen im Europaparlament vertretenen deutschen Parteien – und eine Wertung aus Sicht des GdW.

Ihre Ansprechpartner bei Fragen



Dr. Özgür Öner

Tel.: 0032-25 50 16 11

E-Mail: oener@gdw.de